

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutschlandprognose 2007/2008: Chancen für einen langen Aufschwung

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2007) : Deutschlandprognose 2007/2008: Chancen für einen langen Aufschwung, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 14, Iss. 4, pp. 15-23

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/169818>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschlandprognose 2007/2008: Chancen für einen langen Aufschwung¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft befindet sich im vierten Jahr eines konjunkturellen Aufschwungs und hat auch im Frühjahr 2007 kräftig expandiert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte infolge der günstigen Ertragslage der Unternehmen, höherer Aktienkurse und der zwar zuletzt gestiegenen, aber immer noch vergleichsweise niedrigen langfristigen Zinsen dynamisch zu. Der Anstieg der Ölpreise wirkte sich – trotz des erneuten deutlichen Anziehens seit dem Beginn des Jahres – nur wenig bremsend aus. Die Notenbanken in den Industrieländern haben seit Beginn des Jahres ihren geldpolitischen Kurs weiter gestrafft.

In den USA hat sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal 2006 saisonbereinigt deutlich abgeschwächt. Die laufende Rate betrug auf das Jahr hochgerechnet nur noch 0,6 %, das ist der schwächste Zuwachs seit dem vierten Quartal 2002. Maßgeblich für die Wachstumsverlangsamung waren der Rückgang der Exporte und der Staatsausgaben bei gleichzeitig schwächer zunehmenden Käufen von Verbrauchsgütern. Zudem lieferten die Vorratsinvestitionen, wie schon im Vorquartal, einen merklich negativen Wachstumsbeitrag zum BIP. Die Zentralbank (Fed) hat die monetären Zügel letztmalig im Juni 2006 gestrafft; seither liegt der angestrebte Zielzinssatz (Federal Funds Rate) bei 5,25 %. In China hat sich das hohe Wachstumstempo nach der Jahreswende sogar noch beschleunigt: Im ersten Vierteljahr stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Vorjahresvergleich um 11,1 %, nach 10,4 % im vierten Quartal 2006. Die Inflationsrate betrug zuletzt 3,4 %. In Japan hat sich der Aufschwung fortgesetzt; die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte zuletzt saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 3,3 % (Vorjahresvergleich: +2,7 %). Zur Expansion trug der Exportüberschuss bei, aber auch die inländische Verwendung lieferte einen positiven Wachstumsbeitrag. Auch in der europäischen Währungsunion (EWU) ging der konjunkturelle Aufschwung, getrieben von den Bruttoinvestitionen, weiter. Nach ersten Schätzungen von EUROSTAT belief sich das Wachstumstempo im ersten Quartal 2006 auf 2,4 % (laufende Jahresrate; Vorjahresvergleich: +3,0 %). Die Inflationsrate – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex – verharrte im bisherigen Verlauf des Jahres bei Werten von knapp unter 2 %, dies gilt auch für die Kerninflationsrate. Die Arbeitslosenquote ist seit

ihrem Höchststand im Jahr 2004 saisonbereinigt deutlich gesunken. Im April betrug sie 7,1 %.

Die Expansion der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum schwungvoll bleiben, sich jedoch etwas abflachen. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den USA wird sich nach einer temporären Verlangsamung wieder beschleunigen. Im Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Wachstumsraten leicht über die des Potenzialpfades steigen. Der Aufschwung in der Eurozone setzt sich zunächst schwungvoll fort, verliert aber im nächsten Jahr etwas an Dynamik. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wird in Japan zunächst kräftig bleiben, sich jedoch schrittweise etwas abflachen. Auch in den Schwellenländern setzt sich die wirtschaftliche Expansion schwungvoll fort. Vor allem in China, aber auch in Indien, bleibt die konjunkturelle Dynamik hoch. In Lateinamerika und in den anderen Ländern Ostasiens wird die Zunahme der Produktion zwar etwas verhaltener, aber dennoch robust verlaufen. In den Industrieländern insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 2,5 % und im Jahr 2008 um 2,8 % zunehmen (vgl. Tab. 1). Der Welthandel wird in diesem Jahr um 7,5 % und im nächsten Jahr um 8,0 % expandieren. Der Anstieg der Preise bleibt, auch infolge mäßig steigender Löhne, moderat. Diese Prognose stützt sich auf die Annahme, dass der Ölpreis bei etwa 70 US-\$ und der Euro-Wechselkurs bei etwa 1,35 US-\$ liegen.

Ausblick Deutschland

In Deutschland hat sich der Aufschwung nach der Jahreswende trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer fortgesetzt. Saisonbereinigt ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 2,1 % gestiegen, zuvor hatte die Expansionstempo allerdings noch bei 4,0 % gelegen. Die konjunkturelle Grunddynamik ist anhand der aktuellen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zurzeit jedoch nur schwer abzuschätzen. Dazu tragen einige Sonderfaktoren bei:

Einerseits ist vor allem die Bauproduktion im ersten Quartal dieses Jahres und teilweise auch im letzten

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den westlichen Industrieländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ^a			Verbraucherpreise ^a			Arbeitslosenquote ^b		
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						in %		
		2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008
Industrieländer										
EU 27	42,6	3,0	3,0	2,7	2,2	2,2	2,1	7,8	7,1	6,7
Schweiz	1,1	2,7	2,4	2,1	1,1	0,8	1,0	3,8	3,5	3,5
Norwegen	1,0	2,9	3,2	2,7	2,5	1,1	2,4	3,5	3,3	3,4
West- u. Mitteleuropa	44,7	3,0	3,0	2,7	2,2	2,2	2,0	7,6	6,9	6,5
USA	38,8	3,2	2,0	3,0	3,2	2,0	2,2	4,5	4,6	4,6
Japan	12,8	2,2	2,5	2,3	0,3	0,5	0,7	4,1	3,8	3,7
Kanada	3,7	2,7	2,4	2,7	2,0	2,1	2,0	6,3	6,2	6,3
Industrieländer insg.	100,0	3,0	2,5	2,8	2,3	1,9	1,9	5,9	5,6	5,4

a) Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar. – b) Standardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl 2006.

Quellen: OECD, IMF, ILO, Berechnungen des ifo Instituts; 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

Quartal des vergangenen Jahres durch die außergewöhnlich milde Witterung stark begünstigt worden. Andererseits wurden der private Konsum und das BIP im vierten Quartal durch vorgezogene Käufe angehoben und im ersten Vierteljahr entsprechend gedrückt. Zudem gab es Verwerfungen in der Statistikerhebung. Nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTS sind die Exporte im vierten Quartal 2006 aufgrund von Nachmeldungen zu hoch und die Lagerinvestitionen (als Gegenbuchungsposten) zu niedrig ausgewiesen worden. Im ersten Quartal dieses Jahres zeigen deshalb die amtlichen Daten einen Rückgang der Exporte und stark steigende Lagerinvestitionen, denen keine tatsächlichen Transaktionen gegenüberstehen. Das wirkt zwar nicht auf die Entwicklung des BIP, erschwert aber die Interpretation und die Prognose der betroffenen Verwendungskomponenten. Auch sind nach den aktuellen Ergebnissen der VGR die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Vierteljahr saisonbereinigt mit nahezu 25 % außergewöhnlich stark gestiegen, nachdem sie zuvor zwei Quartale faktisch nahezu stagniert haben. Gewichtige Indikatoren der Investitionskonjunktur (z. B. die Einfuhr von Investitionsgütern und der inländische Umsatz der deutschen Investitionsgüterproduzenten) legen eine etwas gleichmäßigere Verteilung

der Volumina nahe. Diese Einschätzung wird zudem durch mit BV4.1 bereinigte Ergebnisse gestützt, die im Vergleich zu den Census X-12-ARIMA Werten glatter verlaufen. Ähnliches gilt für den realen Staatskonsum; auch dieser ist nach Census X-12-ARIMA zuletzt ungewöhnlich kräftig gestiegen.

Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal 2007 gegenüber dem Vorquartal nach Schätzungen des ifo Instituts saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 1³/₄% gestiegen sein. Zu dem etwas geringeren Wachstumstempo im Vergleich zum ersten Quartal trägt vor allem der Rückgang der saisonbereinigten Werte der Bauproduktion bei. Aufgrund der hohen Dynamik in der zweiten Jahreshälfte 2006 ergibt sich für das erste Halbjahr 2007 im Vorjahresvergleich jedoch immer noch ein kräftiger Zuwachs von 3,0 %.

Im Prognosezeitraum dürfte sich der konjunkturelle Aufschwung fortsetzen, dabei aber nicht mehr die hohe Dynamik des vergangenen Jahres erreichen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im laufenden Jahr um 2,6 % expandieren, arbeitstäglich bereinigt um 2,8 %. Im Jahr 2008 tritt der konjunkturelle Aufschwung in seine Spätphase ein. Die Ausrüstungsinvestitionen steigen nochmals, wenngleich mit einer geringeren Dynamik als

bisher. Dafür expandiert der private Konsum im Zuge einer weiter verbesserten Arbeitsmarktlage. Die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt voraussichtlich um 2,5 %. Aufgrund der größeren Zahl von Arbeitstagen bedeutet dies kalenderbereinigt allerdings nur noch einen Zuwachs von 2,1 %. Das Verbraucherpreisniveau wird sich im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,1 % erhöhen, im Jahr 2008 um 1,8 % (vgl. Tab. 2).

Das Finanzierungsdefizit des Staates wird sich im laufenden Jahr auf etwa 8 Mrd. € verringern oder 0,3 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2008 dürfte mit einem geringfügigen Finanzierungsüberschuss in Höhe von etwa 5 Mrd. € zu rechnen sein. Dies war zuletzt 1989, dem letzten Jahr vor der Wiedervereinigung der Fall, sieht man einmal von dem Sondereffekt im Jahr 2000 ab, als der Erlös aus der Versteigerung von

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a				
Private Konsumausgaben	0,1	0,8	0,3	2,2
Konsumausgaben des Staates	0,6	1,5	1,8	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	5,6	5,7	2,9
Ausrüstungen	6,1	7,3	8,8	6,0
Bauten	-3,6	4,3	3,4	0,3
Sonstige Anlagen	4,7	5,9	5,5	4,3
Inländische Verwendung	0,5	1,7	2,2	1,9
Exporte	6,9	13,0	8,2	7,0
Importe	6,5	11,6	8,0	6,5
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,9	2,8	2,6	2,5
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	38.823	39.090	39.565	39.945
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.860	4.487	3.812	3.527
Arbeitslosenquote ^c (in %)	11,2	10,3	8,8	8,1
Verbraucherpreise ^d				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,7	2,1	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
– in Mrd. €	-72,6	-37,0	-8,0	5,1
– in % des Bruttoinlandsprodukts ^f	-3,2	-1,6	-0,3	0,2
<i>nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	2,7	2,8	2,6
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^g				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,2	2,2	2,1	2,0

1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (2000=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. – g) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (2005=100).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

UMTS-Lizenzen (knapp 51 Mrd. €) einen positiven Budgetsaldo in Höhe von 27 Mrd. € zur Folge hatte. Da die Produktionslücke im Jahr 2008 deutlich positiv sein wird, dürfte die konjunkturbereinigte Defizitquote des Staates immer noch knapp 1 % betragen. Die Konsolidierungsaufgabe ist also nicht abgeschlossen, auch wenn durch die diesjährigen fiskalischen Maßnahmen (vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer) und den geringen Lohnanstieg im staatlichen Sektor das konjunkturbereinigte Defizit seit 2005 um gut 1,5 Prozentpunkte gesenkt wurde.

Die Prognose im Detail:

Weiterhin robustes Exportwachstum

Die deutschen Exporte expandierten im Jahr 2006 außerordentlich kräftig. Insbesondere die starke Investitionsnachfrage aus dem Ausland bescherte den deutschen Exporteuren ein regelrechtes Boomjahr; ähnlich wie zuletzt im Jahr 2000. Die stärksten Impulse kamen dabei aus Ländern außerhalb der europäischen Währungsunion, die deutschen Ausfuhren in die EWU-Staaten haben allerdings ebenfalls kräftig zugenommen. Zu Jahresbeginn zeichnete sich nun ein etwas anderes Bild ab. Der Warenumsatz mit Drittländern ging markant zurück. So war die Warenausfuhr in die USA, nach China und Russland sowie in die OPEC-Staaten im ersten Quartal 2007 deutlich rückläufig, während die Exporte in die EU-Länder weiterhin stark zunahm. Dieser Rückgang dürfte teilweise auf die reale Aufwertung des Euro gegenüber Währungen der wichtigsten Handelspartner zurückzuführen sein. Zudem war das Vorquartal durch statistische Sonderfaktoren überzeichnet. Ausgehend von einer weiterhin robusten Weltnachfrage und einem konjunkturell erstarkten europäischen Binnenmarkt wird die deutsche Ausfuhr im Prognosezeitraum wieder merklich steigen.

Bei dieser Prognose ist unterstellt, dass sich die Wachstumszentren innerhalb der Industrieländer jetzt von den USA hin zu Europa verschieben. Die hohe Exportdynamik des Vorjahres, vor allem die sehr starke Ausweitung der Lieferungen in die erdölexportierenden Länder und die Schwellenländer wie China, dürfte freilich nicht mehr erreicht werden. Die Ausfuhr wird im Jahr 2007 um 8,2 % zunehmen. Im Jahr 2008 wird aufgrund eines sich etwas abschwächenden Wirtschaftswachstums im EU-Raum mit einem Exportanstieg von 7,0 % gerechnet.

Auch die deutschen Importe stiegen im Jahr 2006 exorbitant an und wuchsen sogar stärker als im Boomjahr 2000. Dies ist zum einen auf den hohen Importgehalt der deutschen Ausfuhr zurückzuführen, zum anderen auf die deutlich belebte Binnennachfrage, wobei auch Vorzieheffekte aufgrund der zum 1. Januar 2007 in

Kraft getretenen Mehrwertsteuererhöhung dazu beigetragen haben dürften. Die Importnachfrage blieb auch im ersten Quartal deutlich aufwärtsgerichtet. Die reale Einfuhr nahm gegenüber dem Vorquartal um 3,7 % zu. Insbesondere die Nachfrage nach importierten Vorleistungsgütern wurde ausgeweitet, während die Einfuhr von Kraftfahrzeugen und von Gütern der Informationstechnologie abnahm. Dieser Rückgang ist jedoch im Zusammenhang mit Vorzieheffekten aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung zu sehen. Ausgehend von einem nachhaltigen Aufschwung wird die Nachfrage nach Importen weiter deutlich expandieren. Außerdem könnten zunehmende Kapazitätsengpässe der Unternehmen zu vermehrten Importen führen. Für das Jahr 2007 wird daher mit einem Importwachstum von durchschnittlich 8,0 % gerechnet. Bei einer etwas schwächeren Export- und Investitionstätigkeit im Jahr 2008 werden die Importe um 6,5 % zunehmen.

Kräftiger Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen im vergangenen Jahr um 7,3 % zu, das ist der kräftigste Anstieg seit 2000. Gute Absatz- und Gewinnerwartungen sowie der durch das anhaltende gesamtwirtschaftliche Wachstum ausgelöste Erweiterungsbedarf werden auch in diesem und im kommenden Jahr für beachtliche Investitionszuwächse sorgen. Hierfür spricht auch die hohe Kapazitätsauslastung in der Industrie.

Nach dem sehr guten Ergebnis im ersten Quartal dieses Jahres, wo das Vorjahresniveau um 8,6 % übertroffen wurde, dürfte im weiteren Verlauf des Jahres zunächst ein langsames Wachstumstempo eingeschlagen werden. So zeigt der Inlandsumsatz der Investitionsgüterproduzenten saisonbereinigt im April nach dem Anstieg in den beiden Vormonaten wieder einen Rückgang. Die Investitionsgüternachfrage bleibt aber lebhaft, darauf deutet der trotz des leichten Rückgangs im April nach wie vor klar aufwärts gerichtete Trend des Auftragseingangs aus dem Inland hin. Da am Ende dieses Jahres die Abschreibungsvergünstigungen – die einer Senkung des Kapitalnutzungspreises gleichkommen – auslaufen, ist im vierten Quartal 2007 mit Vorzieheffekten zu rechnen, die zu Beginn des nächsten Jahres einen vorübergehenden Rückgang der Investitionstätigkeit bewirken dürften. Die im nächsten Jahr in Kraft tretende Unternehmenssteuerreform wird per saldo die Investitionsbedingungen in Deutschland eher leicht negativ beeinflussen. Im laufenden Jahr ist, nicht zuletzt auf Grund des guten Ergebnisses im ersten Quartal, mit einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um fast 9 % zu rechnen, für das kommende Jahr sind 6 % zu erwarten.

Bauinvestitionen: Wachstumspause nach starkem Anstieg

Die Bauinvestitionen haben die Talsohle im Jahr 2005 durchschritten. Der kräftige Zuwachs von 4,3 % im vergangenen Jahr war allerdings durch Sondereffekte überzeichnet. Dies gilt auch noch für das erste Quartal des laufenden Jahres; mildes Winterwetter sorgte für einen zusätzlichen Schub. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Bauinvestitionen deshalb saisonbereinigt sinken. Darauf deutet jedenfalls die Entwicklung der Bauproduktion hin, die saisonbereinigt schon im März und erneut im April deutlich zurückging. Zudem bremst wohl auch der starke Preisanstieg. Die Baupreise lagen im ersten Quartal 2007 um 6,8 % über dem Niveau des Vorjahres, ähnlich hohe Raten waren zuletzt während des Wiedervereinigungsbooms 1992 zu verzeichnen gewesen. Schon im vergangenen Jahr waren die Bauunternehmen mit höheren Material- und Energiepreisen konfrontiert, so waren Betonstahl in Stäben um 28,7 % teurer als im Jahr 2005, Betonstahlmatten um 19,5 % und Bitumen aus Erdöl um 40 %. Bei einem Anteil der Materialkosten am Bruttowert des Bauhauptgewerbes von durchschnittlich 30 % schlug dieser Anstieg auf die Baupreise durch, die im vergangenen Jahr erstmals nach längerer Zeit wieder spürbar anzogen und das Vorjahresniveau um 2,3 % übertrafen. Zu Anfang dieses Jahres setzte sich der Anstieg der Materialkosten fort, zusätzlich löste die Mehrwertsteuererhöhung einen Preisschub aus. Die Steuererhöhung stellt nur einen Einmaleffekt dar, der Anstieg der Materialpreise wird sich aber angesichts der guten Weltkonjunktur fortsetzen, sodass für dieses und das kommende Jahr mit einer weiteren deutlichen Erhöhung der Baupreise um 6 % bzw. 3 % zu rechnen ist.

Die **Wohnungsbautätigkeit** war Ende 2006 und Anfang 2007 durch den ungewöhnlich milden Winter begünstigt worden, hinzu kamen Nachlaufeffekte aus dem Wegfall der Eigenheimzulage und bis Ende 2006 Vorzieheffekte auf Grund der für Januar 2007 anstehenden Mehrwertsteuererhöhung. Diese Sondereinflüsse trugen zu dem mit real 4,4 % beachtlichen Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen im vergangenen Jahr maßgeblich bei. Das erste Quartal 2007 zeigte einen noch kräftigeren Zuwachs; das Vorjahresniveau wurde um 14,2 % übertroffen. Die Aussichten für den Rest des Jahres sind aber eher gedämpft. Baugenehmigungen und Auftragseingang sind seit Mitte vergangenen Jahres der Tendenz nach gefallen. Das lässt erwarten, dass die aktuell vorhandene Baunachfrage durch die lebhafte Bautätigkeit im ersten Quartal schon weitgehend abgedeckt ist und der weitere Verlauf des Jahres eine Einschränkung der Wohnungsbauaktivitäten bringen wird. In der zweiten Jahreshälfte dürfte das Niveau des Vorjahres unterschritten

werden. Aufgrund des außerordentlich guten Jahresbeginns ist für das Gesamtjahr aber immer noch ein Zuwachs von 3 % zu erwarten. Ist das Jahresergebnis 2007 durch Sondereffekte geprägt, so dürfte sich im kommenden Jahr die konjunkturelle Grundtendenz im Wohnungsbau wieder stärker durchsetzen. Der langfristige Wohnungsbauzyklus hat im Jahr 2005 seinen Tiefpunkt durchschritten. Der infolge des fortschreitenden Alterungsprozesses des Wohnungsbestandes zunehmende Sanierungs- und Modernisierungsbedarf sowie die Wohnungsnachfrage in den Ballungszentren mit guten Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven werden in den kommenden Jahren zumindest eine Stabilisierung der Wohnungsbaunachfrage bewirken. Unterstützt wird diese Entwicklung durch eine Reihe von Förderprogrammen. Der kräftige Anstieg der Baupreise und die gestiegenen Zinsen dürften dagegen die Bauaktivitäten etwas dämpfen. Im Verlauf des kommenden Jahres kann allenfalls mit einem leichten Anziehen der Wohnungsbauinvestitionen gerechnet werden, das Jahresergebnis 2007 wird im nächsten Jahr voraussichtlich um etwa 1 % unterschritten werden (vgl. Tab. 3).

Die **gewerblichen Bauinvestitionen** sind seit dem Jahr 2005 in einer Aufwärtsentwicklung. Im vergangenen Jahr stiegen sie mit einer Rate von 3,8 %, rechnet man die Immobilienkäufe von der öffentlichen Hand heraus, dann ergibt sich sogar ein Zuwachs von 5 %. Die Baugenehmigungen im gewerblichen Hochbau waren 2006 um 17 % höher als 2005; seit Mitte des Jahres 2006 stagnieren sie allerdings. Trotz des milden Wetters war deshalb die Zunahme bei den neuen Wirtschaftsbauten im ersten Quartal 2007 nicht außergewöhnlich hoch. Angesichts der guten Auftragslage ist für den weiteren Verlauf des Jahres mit einer Zunahme zu rechnen. Zudem hat sich nach dem zehnjährigen Rückgang der Wirtschaftsbauinvestitionen, der von der gesamtwirtschaftlichen Aufschwungphase 2000 kaum unterbrochen wurde, im gewerblich genutzten Baubestand genügend Erweiterungs- und Erneuerungsbedarf aufgestaut. Das Vorjahresniveau dürfte in diesem Jahr um rund 4 1/2 % übertroffen werden, für das kommende Jahr ist mit einer Zunahme in der Größenordnung von 3 % zu rechnen.

Der **öffentliche Nichtwohnungsbau** hat im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit langer Zeit wieder zugenommen. Bei Herausrechnung der Immobilienverkäufe der öffentlichen Hand ergibt sich für die neuen Bauten ein Wachstum von 2 %. Die Gebietskörperschaften nutzen die Verbesserung ihrer Finanzlage, um überfällige Baumaßnahmen durchzuführen. Im ersten Quartal dieses Jahres zog die Bautätigkeit nochmals kräftig an. Dieses Ergebnis ist aber in erster Linie als ein vom Wetter begünstigter Ausreißer zu interpretieren. Die öffentlichen Bauaufträge haben im Jahresverlauf 2006, nach kräftigem

Tabelle 3: Reale Bruttoanlageinvestitionen (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

	2006	2007	2008
Bauten	4,3	3,4	0,3
Wohnungsbau	4,4	3,3	-1,1
Nichtwohnungsbau	4,3	3,5	2,3
Gewerblicher Bau	3,8	4,4	3,1
Öffentlicher Bau	5,4	1,0	0,2
Ausrüstungen	7,3	8,8	6,0
Sonstige Anlagen	5,9	5,5	4,3
Bruttoanlageinvestitionen	5,6	5,7	2,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

Anstieg im Jahr 2005, lediglich stagniert. Zu Beginn dieses Jahres sind sie wieder angestiegen. Die Baugenehmigungen im öffentlichen Hochbau sind im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich gesunken, erst zu Beginn dieses Jahres haben sie wieder etwas angezogen. Der Hauptinvestor im öffentlichen Bereich, die Kommunen, hat einen Nachholbedarf an Investitionen und profitiert von den reichlicher sprudelnden Steuereinnahmen. Allerdings spricht der kräftige Anstieg der Baupreise für einen der Tendenz nach eher bescheidenen Zuwachs der realen öffentlichen Bauinvestitionen. Dem starken Anstieg im ersten Quartal dürfte im weiteren Verlauf des Jahres ein fast ebenso starker Rückgang folgen; das Vorjahresniveau wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr deutlich unterschritten. Im Jahresdurchschnitt 2007 dürfte das Ergebnis von 2006 mit 1,1 % nur geringfügig übertroffen werden. Im nächsten Jahr wird das Wachstum im Jahresdurchschnitt nahe bei Null liegen, auch wenn die öffentliche Bautätigkeit im Verlauf des Jahres wieder anzieht.

Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen in diesem Jahr um etwa 3 % zu, im nächsten Jahr wird nur ein minimaler Zuwachs zu verzeichnen sein.

Privater Konsum zieht wieder an

Die Verbrauchskonjunktur steht seit geraumer Zeit unter dem Einfluss der Mehrwertsteuererhöhung. So expandierte der private Konsum im Verlauf des vergangenen Jahres recht lebhaft; der befürchtete Preisschub hatte die privaten Haushalte vor allem in der zweiten Jahreshälfte zu einem Vorziehen von Käufen langlebiger Gebrauchsgüter angeregt. Als Folge dieser Ausgabenverlagerung ist der private Konsum im ersten Quartal 2007

außerordentlich kräftig gesunken (-1,4 %); ein größerer Rückgang wurde zuletzt im Rezessionsjahr 1993 verzeichnet. Belastend wirkten außerdem der Kaufkraftentzug durch die Mehrwertsteueranhebung und andere fiskalische Maßnahmen. Vor allem die Käufe von Gebrauchsgütern wurden eingeschränkt, die Zahl der Pkw-Neuzulassungen lag z. B. in den ersten fünf Monaten des Jahres um 9,6 % unter Vorjahresniveau. Auch an den Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen wurde gespart.

Im zweiten Quartal dieses Jahres dürften die privaten Konsumausgaben, den vorliegenden Frühindikatoren zufolge, wieder merklich gestiegen sein. Bei zunehmendem Arbeitsvolumen, höheren Tariflöhnen und einer positiven Lohndrift werden die Bruttolöhne und -gehälter 2007 recht kräftig expandieren. In der Summe dürfte der Zuwachs 3,2 % betragen, nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialbeiträgen ergibt sich für die Nettoarbeitseinkommen ein Plus von 3,1 %. Zwar sind die Beitragssätze zur Rentenversicherung und zur Gesetzlichen Krankenversicherung am Jahresanfang um insgesamt 1 Prozentpunkt angehoben worden, zugleich wurde aber der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte gesenkt. Die monetären Sozialleistungen werden zum zweiten Mal in Folge sinken (-1,3 %). Zwar wurde am Jahresanfang ein einkommensabhängiges Elterngeld (bei Wegfall des Erziehungsgeldes) eingeführt. Zudem werden die gesetzlichen Altersbezüge erstmalig seit dem Jahr 2003 wieder erhöht, und zwar um 0,54 %. Allerdings sinken wegen der guten Konjunktur die Zahlungen von Arbeitslosengeld I. Unter Einrechnung der wohl nicht mehr ganz so kräftig steigenden Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,3 % expandieren, real ergibt sich eine Rate von 0,5 %. Die Sparquote dürfte in

diesem Jahr etwas höher als 2006 sein, weil etliche für dieses Jahr geplante Ausgaben bereits im vergangenen Jahr getätigt worden sind. Der private Konsum nimmt real um 0,3 % zu.

Im nächsten Jahr dürfte sich die gute Konsumkonjunktur fortsetzen. Bei weiter steigender Beschäftigung und beschleunigt anziehenden Effektivverdiensten werden die Bruttolöhne mit 4,1 % nochmals rascher als im laufenden Jahr expandieren. Die Nettolöhne werden allerdings kaum stärker als 2007 zunehmen, weil die Progression des Einkommensteuertarifs greift und die Sozialabgaben nur noch geringfügig gesenkt werden. So wird der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung insgesamt ab Januar von 4,2 % auf 3,9 % gesenkt; der Beitragssatz in der Pflegeversicherung wird allerdings ab Juli von 1,7 % auf 1,95 % erhöht (für Kinderlose steigt der Pflegebeitrag von 1,95 % auf 2,2 %). Die monetären Sozialleistungen werden wieder etwas steigen. Hierzu trägt bei, dass die Altersrenten aufgrund der diesjährigen kräftigen Lohnentwicklung voraussichtlich um 1,5 % angehoben werden. Außerdem steigen die Ausgaben für das Elterngeld. Auch wird das Bafög zum Wintersemester 2008/2009 erhöht. Die arbeitslosigkeitsbedingten Transfers sind dagegen weiter rückläufig. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften konjunkturbedingt mit knapp 7 % recht dynamisch expandieren. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 3,4 % zulegen, real um 1,7 %. Die Sparquote dürfte etwas niedriger als im laufenden Jahr sein. Hierfür sprechen nicht zuletzt die höhere Arbeitsplatzsicherheit und die günstigen Einkommensperspektiven. Insgesamt wird der private Konsum real um 2,2 % steigen.

Mehrwertsteuer treibt Verbraucherpreise

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich seit Herbst vergangenen Jahres beschleunigt. Von September 2006 bis Mai 2007 gerechnet stieg das Preisniveau saisonbereinigt um 1,6 %. Die Anhebung der Mehrwertsteuer hat hierzu allein rund einen Prozentpunkt beigetragen.² Zudem haben die Ölpreise seit der Jahreswende deutlich angezogen. Schließlich wird seit April in einigen Bundesländern eine Studiengebühr erhoben, die für sich genommen das Preisniveau um 0,2 Prozentpunkte erhöht hat. Im Vorjahresvergleich war die Inflationsrate zuletzt mit 1,9 % jedoch nur wenig höher als im Jahresdurchschnitt 2006 (1,7 %). Hierzu trug bei, dass Heizöl und Kraftstoffe zurzeit immer noch billiger als im Vorjahr sind. Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts u. a. der Einfluss der Energiepreise herausgerechnet ist, betrug im Mai 1,7 % und war damit um 0,8 Prozentpunkte höher als im Jahresdurchschnitt 2006.

In den kommenden Monaten dürfte die Mehrwertsteuererhöhung noch etwas nachwirken, mit einer vollen Überwälzung wird hier aber nicht gerechnet. Dämpfend wirkt sich aus, dass mit der Steuererhöhung zeitgleich auch die Arbeitskosten durch eine Reduktion der Beitragssätze zur Sozialversicherung gesenkt wurden. Von den Rohstoffpreisen wird bei den hier getroffenen Annahmen über Ölpreis und Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar kein neuer Druck auf die Preise ausgehen. Allerdings werden, anders als in den Vorjahren, die Lohnkosten mit der besseren Konjunktur wieder steigen, und die Unternehmen werden dies allmählich weitergeben. Beim Strom ist zudem ab Anfang Juli mit Preiserhöhungen zu rechnen; zu diesem Zeitpunkt endet mit dem Auslaufen der Bundesverordnung Elektrizität die staatliche Preisaufsicht. Alles in allem wird sich das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,1 % erhöhen, im Jahr 2008 um 1,8 %.

Arbeitsmarkt mitten im Aufschwung

Der Arbeitsmarkt befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Seit dem Tiefpunkt Mitte des Jahres 2005 sind im Verlauf bis zum ersten Quartal 2007 rund 690.000 neue Stellen entstanden. Bemerkenswert ist, dass vor allem sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen wurden, deren Zahl seit dem Tiefpunkt im Februar 2006 saisonbereinigt sogar um 715.000 gestiegen ist. Dabei nahm – erstmals seit 2000 – auch die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in den ersten beiden Quartalen 2006 deutlich zu (+200.000). Die geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung³ wurde ebenfalls um knapp 60.000 ausgeweitet, was auf die vermehrte Gewährung von Eingliederungszuschüssen seitens der Arbeitsagenturen zurückgeführt werden kann. Mit zunehmender Dauer der wirtschaftlichen Belebung kam es auch zu vermehrten Existenzgründungen. So war die Zahl der Selbständigen, die keine Förderungsleistung der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (BA) erhalten, im ersten Quartal 2007 um ca. 160.000 höher als zur Jahresmitte 2005. Die Selbständigen, die von der BA gefördert werden, nahmen im selben Zeitraum um ca. 90.000 ab, da die Existenzgründungszuschüsse (Ich-AG) und das Überbrückungsgeld im August 2006 durch den restriktiver ausgestalteten Gründungszuschuss ersetzt wurden. Die geringfügige Beschäftigung (Minijob) hat nur leicht zum Beschäftigungsaufbau beigetragen und die Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) hat nicht weiter an Bedeutung gewonnen.

Betrachtet man die Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen, so lässt sich feststellen, dass die Beschäftigung im vergangenen Quartal in allen Sektoren

zulegen konnte. Wie schon in den vorangegangenen Quartalen konnte vor allem die Erwerbstätigkeit im Dienstleistungssektor starke Zuwächse verzeichnen (+100.000 gegenüber dem Vorjahresquartal).⁴ Aber auch im produzierenden Gewerbe ohne Bau (+37.000) und im Baugewerbe (+72.000) lag sie über ihrem Vorjahreswert, wobei der dortige Anstieg wiederum zum Teil auf die günstige Witterung zurückzuführen ist.

Im Prognosezeitraum stützt die anhaltend hohe Kapazitätsauslastung die Arbeitskräftenachfrage. Des Weiteren dürfte die Senkung der Lohnnebenkosten zu Beginn des Jahres eine entlastende Wirkung entfalten. Im laufenden Quartal wird der saisonbereinigte Zuwachs allerdings schwächer ausfallen als noch im ersten Quartal, da dieses durch oben genannte Wettereffekte eine überhöhte Dynamik aufweist. Der Aufbau der Erwerbstätigkeit erfolgt dabei hauptsächlich durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und ungeforderte Selbstständigkeit. Insgesamt wird die Erwerbstätigkeit im

Inland im Jahr 2007 um 475.000 und im Jahr 2008 um 380.000 zunehmen, was im Verlauf des Jahres 2007 einem Anstieg von 430.000 und 2008 von 340.000 entspricht (vgl. Tab. 4).

Im Zuge der lebhaften Ausweitung der Erwerbstätigkeit verringerte sich auch die Zahl der Arbeitslosen. So konstatiert man seit Mitte 2005 im Verlauf einen Rückgang um gut 970.000 Personen. Allerdings war die Veränderung damit deutlich größer als der Anstieg der Erwerbstätigkeit in demselben Zeitraum und kann somit nicht allein aus der Ausweitung der Beschäftigung resultieren. Nach Angaben der BA geht die Differenz auf die systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus sowie das rückläufige Arbeitskräfteangebot zurück.⁵ Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank mit fortschreitender wirtschaftlicher Belebung spürbar und lag im Mai um 280.000 unter ihrem Vorjahreswert. Die Quote der Langzeitarbeitslosen liegt damit derzeit etwa bei ihrem Vorjahresniveau von 42 %.

Tabelle 4: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38.631	38.792	38.726	39.000	39.495	39.875
Arbeitnehmer	34.558	34.570	34.370	34.608	35.058	35.398
darunter:						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.007	26.561	26.237	26.366	26.856	27.146
Minijobs	4.322	4.742	4.771	4.816	4.866	4.916
1-Euro-Jobs ^a		0	200	276	268	273
Selbstständige	4.073	4.222	4.356	4.392	4.437	4.477
darunter:						
geförderte Selbstständigkeit ^b	114	234	322	299	234	219
Pendlersaldo	93	83	97	90	70	70
Erwerbstätige Inland	38.724	38.875	38.823	39.090	39.565	39.945
Arbeitslose	4.377	4.381	4.861	4.487	3.812	3.527
Arbeitslosenquote ^c	10,2	10,1	11,2	10,3	8,8	8,1
Erwerbslose ^d	3.703	3.931	3.893	3.432	2.762	2.617
Erwerbslosenquote ^e	8,7	9,2	9,1	8,1	6,5	6,2

a) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – b) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – d) Definition der ILO. – e) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

Im Zuge des Aufschwungs hat auch die Kurzarbeit deutlich an Bedeutung verloren. Die im Winter registrierte starke Zunahme der Kurzarbeit ist dabei lediglich auf die Einführung des Saisonkurzarbeitergeldes zurückzuführen, das von etwa 110.000 Personen in Anspruch genommen wurde. Im Prognosezeitraum setzt sich der konjunkturell bedingte Abbau der Arbeitslosigkeit weiter fort, jedoch mit verringertem Tempo. Zum einen ist hier unterstellt, dass die Überprüfung des Arbeitslosenstatus durch die BA zum größten Teil abgeschlossen ist, zum anderen dürfte sich die durchschnittliche Qualifikation eines Arbeitslosen verschlechtern, sodass es schwieriger wird, geeignete Arbeitskräfte im Bestand der Arbeitslosen zu finden. Letzteres wird sich dann auch in einem weiteren Anstieg der Suchzeiten niederschlagen. Außerdem wird die Lohnentwicklung keine beschäftigungsfördernden Effekte mehr haben. Eine gewisse Entlastung wird die demographische Verringerung des Arbeitskräfteangebots mit sich bringen, wonach kommendes Jahr per saldo etwa 100.000 Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Außerdem sollen zwei neue Förderprogramme für Langzeitarbeitslose bzw. jüngere Arbeitslose (unter 25 Jahren) mit Vermittlungshemmnissen die Beschäftigungschancen in diesen Gruppen verbessern. In den neuen Maßnahmen sollen insgesamt bis zu 150.000 Personen ab Oktober dieses Jahres gefördert werden. Da es sich bei den beschlossenen Maßnahmen

um Lohnkostenzuschüsse beziehungsweise um Qualifizierungszuschüsse handelt, besteht jedoch grundsätzlich die Gefahr von Verdrängungseffekten, weshalb die entlastende Wirkung per saldo geringer ausfallen dürfte. Insgesamt wird die Arbeitslosigkeit im Jahr 2007 um 675.000 und im Jahr 2008 noch um 285.000 zurückgehen. Im Verlauf der beiden Jahre ergibt sich somit eine Abnahme um 670.000 auf dann 3,42 Mill. Arbeitslose.

- ¹ *Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2007. Vgl. FLAIG et al. (2007): ifo Konjunkturprognose 2007/2008: Aufschwung mit niedrigerem Tempo, in: ifo Schnelldienst, 12/2007, S. 8–53.*
- ² *Vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNGSINSTITUTE (2007): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007.*
- ³ *Hierzu zählen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen, Personal Service Agenturen, Eingliederungszuschüsse, Einstellungszuschüsse bei Neugründungen, Einstellungszuschüsse bei Vertretung, Arbeitsentgeltzuschüsse, Einstiegsgelder bei abhängiger Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante.*
- ⁴ *Allerdings dürften hierin viele Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes erfasst sein, die als Leiharbeiter dort beschäftigt sind und gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2003) dem Dienstleistungssektor zugerechnet werden.*
- ⁵ *Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2007): Monatsbericht Mai, S. 4. Eine genauere Analyse der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt ist derzeit nicht möglich. Betrachtet man den Saldo aus Zugängen zur, und Abgängen aus Arbeitslosigkeit, die bisher nur ohne die 69 so genannten Optionskommunen ausgewiesen werden, dann entfällt der Großteil des Rückgangs (etwa 1,6 Mill. seit Mitte 2005) auf die Kategorie „sonstige Gründe bzw. keine Angabe“.*